



– 10.06.2021 –

## „Hungerbekämpfung als Krisenprävention“

1  
2  
3  
4 In den letzten zehn Jahren konnten beständig Erfolge bei der weltweiten Bekämpfung von Hunger  
5 erzielt werden. Doch nun, verstärkt durch die Folgen der Corona-Pandemie, steigt die Zahl der  
6 Menschen wieder, die Hunger leiden. Kein Menschenrecht wird so oft verletzt wie das Recht auf  
7 Nahrung. Hunger und Konflikt sind dabei auf vielfältige Art und Weise miteinander verknüpft.  
8 Ernährungssicherung und Friedensförderung müssen deswegen entsprechend den  
9 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten Nationen gemeinsam verfolgt und umgesetzt  
10 werden.

11 In Ländern mit bewaffneten Konflikten ist der Anteil der Bevölkerung, der Hunger leidet, doppelt so  
12 hoch wie im Rest der Welt. Militärische Auseinandersetzungen wie in Syrien, im Sudan, Südsudan,  
13 Jemen und in Nigeria sind nach wie vor eine Hauptursache. 60 Prozent der 700 Millionen Menschen,  
14 die chronisch an Hunger leiden, leben in Konfliktgebieten. Zerstörte Infrastruktur und Vertreibung  
15 verschärfen nicht nur kurz-, sondern oft auch mittel- bis langfristig Ernährungsprobleme. Denn  
16 gewaltsame Konflikte unterbrechen nicht nur unmittelbar eine Versorgung der Bevölkerung mit  
17 Nahrungsmitteln, sondern haben auch langfristig negative Konsequenzen für die  
18 Nahrungsmittelproduktion: Bäuerinnen und Bauern können zunehmend ihre Felder nicht mehr  
19 bestellen, nichts säen und somit auch nichts ernten oder auch Viehzüchter:innen die Weidegründe  
20 nicht erreichen. Die Bevölkerung kann sich nicht mehr selbst versorgen. In fragilen und von  
21 Konflikten geprägten Situationen fehlen vielfach politischer Wille und staatliche Strukturen, um die  
22 Bevölkerung zu schützen und mit ausreichender Nahrung zu versorgen.

23 Auf Grund der steigenden Anzahl der an akutem Hunger leidenden Menschen musste das  
24 Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) in den letzten Jahren immer mehr Nothilfe  
25 in Form von Nahrungsmitteln, Bargeld und Gutscheinen leisten sowie Mangelernährung bekämpfen.  
26 Gleichzeitig hat WFP auch längerfristig angelegte Ernährungsprogramme wie die Stärkung von  
27 Lebensgrundlagen ausgebaut, damit Menschen, die bereits akutem Hunger ausgesetzt sind, nicht  
28 weiter in Hunger und Armut abrutschen. Das internationale Engagement für Ernährungssicherung ist  
29 heute in erster Linie krisengetrieben. Neben den umweltbedingten Katastrophen liegt das vor allem  
30 an den zahlreichen innerstaatlichen Konflikten, deren Ursachen vielfach auch im Zusammenhang  
31 stehen mit den knapper und wertvoller werdenden natürlichen Ressourcen.

32 Hunger und Mangel an Nahrung können aber auch umgekehrt zu Konflikten und gesellschaftlicher  
33 Destabilisierung führen. Das zeigen zahlreiche sogenannte „Brotunruhen“ und „Hungerrevolten“ in  
34 den letzten Jahren – in vielen Ländern ausgelöst oder forciert durch die steigenden  
35 Nahrungsmittelpreise während und nach der Finanzkrise 2008. Die Covid 19-Pandemie wirkt da noch  
36 wie ein Brandbeschleuniger. Tieferliegende Ursachen von Konflikten und Unruhen finden sich  
37 zumeist in extremer sozialer Ungleichheit und Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung.  
38 Wird Essen knapp und die Preise von Nahrungsmitteln und für die Deckung der Grundbedürfnisse  
39 steigen, dann drohen schwelende Konflikte wieder aufzuflammen und Misstände werden geschürt.

40 Hunger und Konflikte werden schließlich auch durch strukturelle Stressfaktoren befeuert: Durch den  
41 Klimawandel gerät die Nahrungsmittelproduktion an vielen Orten unter Druck, was  
42 Mangelernährung, aber auch Verteilungskämpfe sowie Migration zur Folge hat. In trockenen  
43 Regionen wird das Wasser noch knapper und in tropischen Regionen gibt es einen schnellen Wechsel  
44 zwischen Dürre und Starkregen mit massiven Konsequenzen für die Landwirtschaft. Viele der



45 Versorgungsprobleme sind zudem einer industrialisierten Landwirtschaft geschuldet: Sie prägt das  
46 System, obwohl sie weltweit nur einen kleinen, aber wachsenden Teil der Nahrungsmittel produziert.  
47 Starke Preisschwankungen und Preisdruck entlang der Lieferketten sind wiederum für schlechte  
48 Löhne und Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette verantwortlich.

49 Die für eine konstante und sichere Lebensmittelversorgung unerlässliche, dezentrale kleinbäuerliche  
50 Landwirtschaft unterliegt meist im ungleichen Konkurrenzkampf mit globalen Unternehmen und wird  
51 verdrängt – mit schwerwiegenden Folgen für die lokale und regionale Ernährungssicherheit. 500  
52 Millionen kleinbäuerlichen Familien, Frauen, Landlosen, Indigenen und ländlichen Gemeinschaften  
53 fehlen gesicherte Landrechte. Ihre Zahl nimmt durch Vertreibung und Landgrabbing, der Übernahme  
54 von Land durch große Agrarkonzerne, immer weiter zu.

55

## 56 **Wir empfehlen folgende konkrete Handlungsschritte:**

- 57     ▪ Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Resolution 2417 der Vereinten Nationen von 2018  
58     konsequent umgesetzt und die Einhaltung von Konfliktparteien mit höchstmöglichem  
59     Nachdruck eingefordert werden. Dieser wegweisende Beschluss verurteilt den Einsatz von  
60     Hunger als Kriegswaffe und die systematische Verweigerung humanitärer Hilfe durch  
61     Regierungen in Konfliktgebieten.
- 62     ▪ Die SPD macht deutlich, dass Nahrungsnothilfe zu unmittelbarer Rettung von  
63     Menschenleben und eine langfristige Hungerbekämpfung nicht an zu knappen Mitteln und  
64     langwierigen „Bittstellerverfahren“ scheitern dürfen: Es braucht eine dauerhafte,  
65     angemessene, nicht zweckgebundene und mehrjährige Finanzierung der Vereinten Nationen,  
66     wie auch von NGOs und regionaler Organisationen. Seit 2013 ist weltweit der Bedarf an  
67     humanitärer Hilfe stark gewachsen. Deshalb ist eine bessere Verzahnung von kurzfristiger  
68     Hilfeleistung und langfristigen, nachhaltigen Lösungen von besonderer Bedeutung. Ziel muss  
69     die Ursachenbekämpfung und eine Stärkung der Krisenresistenz sein.
- 70     ▪ Die SPD macht sich dafür stark, dass mehr finanzielle Mittel für präventive Maßnahmen in  
71     der humanitären Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Solche vorhersagebasierten  
72     Hilfsprogramme tragen dazu bei, Verluste noch vor dem Eintreten von Überschwemmungen  
73     oder Sturmereignissen zu begrenzen und humanitäre Bedarfe zu verringern. Dabei gilt: Je  
74     früher und je flexibler Mittel der Risikofinanzierung bereitgestellt werden, desto mehr Mittel  
75     der Nothilfe lassen sich längerfristig einsparen.
- 76     ▪ Die SPD nimmt die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ sehr  
77     ernst und achtet darauf, dass diese von der Bundesregierung konsequent umgesetzt werden.  
78     Mit Hilfe verbindlicher, ressortübergreifender Instrumente soll überprüft werden können, ob  
79     geplantes Handeln friedensverträglich ist – eine Überprüfung, die in Deutschland und in der  
80     Europäische Union angewendet werden soll. Dafür gilt es Strukturen und Verfahren zu  
81     etablieren, die eine institutionalisierte und partnerschaftliche Beteiligung von  
82     Zivilgesellschaft insbesondere in Konfliktkontexten sicherstellen – vor, während und nach  
83     dem Ausbruch gewaltreicher Konflikte und Krisen.
- 84     ▪ Die SPD macht deutlich, dass ländliche Entwicklung für eine nachhaltige Hungerbekämpfung  
85     Priorität hat. Für eine strukturelle Stärkung des ländlichen Raums braucht es Investitionen in  
86     die technische, soziale und Verkehrsinfrastruktur. Dazu zählen auch gesicherte Land- und  
87     Wasserrechte für lokale Bevölkerungsgruppen, soziale Sicherungs- und Gesundheitssysteme,



- 88 Mobilfunknetze, gute und leicht erreichbare Bildungsangebote, Schaffung von langfristigen  
89 und guten Arbeitsplätzen auch außerhalb der Landwirtschaft und die Förderung von  
90 Wertschöpfung vor Ort.
- 91     ▪ Die SPD will eine globale Agrarwende und unterstützt den Aufbau und Erhalt lokaler  
92     Lebensmittelmärkte und regionaler Vermarktungswege sowie den gemeinschaftlichen  
93     Zugang zu Land und Wasser. Denn Hunger ist nur vor Ort zu lösen – durch  
94     Ernährungssouveränität und lokale Erzeugung. Produzenten, Konsumenten, lokale und  
95     regionale Institutionen, Wissenschaft und Händler müssen an einem Tisch  
96     zusammenkommen, damit der Aufbau und Erhalt lokaler Märkte und regionaler  
97     Vermarktungswege gelingen kann.
  - 98     ▪ Die SPD unterstützt Maßnahmen gegen den Missbrauch von Marktmacht und Landgrabbing.  
99     Dafür sollen Landkäufe durch Konzerne und Investoren offengelegt sowie Spekulationen mit  
100     Nahrungsmitteln verhindert werden. Hierfür sollen die VN-Landleitlinien (VGGT) und VN  
101     Guiding Principles Business&Human Rights verbindlich geregelt werden. Um lokale und  
102     regionale Ernährungssysteme stabil zu machen, müssen agrarindustrielle Ansätze, die  
103     Monokulturen bevorzugen und häufig mit Menschenrechtsverletzungen einhergehen,  
104     eingedämmt und stattdessen agrarökologische Ansätze gefördert werden.
  - 105     ▪ Die SPD arbeitet daran, dass die deutsche und europäische Agrarpolitik den Erfolgen der  
106     Entwicklungspolitik nicht entgegenwirkt – oder sie sogar durch Subventionspolitik gefährdet.  
107     In Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte dürfen nicht zu Lasten der  
108     Entwicklungs- und Schwellenländer hergestellt und exportiert werden. Die negativen  
109     Auswirkungen unserer Produktions- und Konsummuster betreffen Außenhandels-, Agrar-,  
110     Rohstoff-, Energie- und Finanzpolitik gleichermaßen.